EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für internationalen Handel

2008/2156(INI)

10.9.2008

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für internationalen Handel

für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

zur WWU@10: Die ersten zehn Jahre der Wirtschafts- und Währungsunion und künftige Herausforderungen
(2008/2156(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Jean-Pierre Audy

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für internationalen Handel ersucht den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. bekundet seine Genugtuung darüber, dass die Wirtschafts- und Währungsunion zehn Jahre nach ihrer Schaffung als technischer und politischer Erfolg angesehen wird und dass sich der Euro seit seiner Einführung zunehmend neben dem US-Dollar als Währung zur Abrechnung von Handelstransaktionen etabliert hat, und zwar nicht nur zwischen den Ländern der Eurozone und Drittländern, sondern auch darüber hinaus;

2. ist der Auffassung, dass das Eurosystem, seine Geldpolitik und die daraus resultierende Stabilität des Euro einen Beitrag zur wirtschaftlichen und finanziellen Integration der Weltwirtschaft geleistet haben;

3. verweist auf die – in zahlreichen Studien nachgewiesene – wichtige Verknüpfung von Währungspolitik und Handelspolitik in der Welt und unterstreicht diesbezüglich die positive Rolle der Stabilität der Wechselkurse für die Gewährleistung eines dauerhaften Wachstums des internationalen Handels;

4. weist darauf hin, dass die zunehmende Verwendung des Euro als internationale Handelswährung insbesondere den Mitgliedern der Eurozone zugute kommt, weil sie für Unternehmen aus diesen Staaten das Wechselkursrisiko und damit die Kosten des internationalen Handels reduziert;

5. begrüßt, dass die Einführung des Euro über eine Stärkung des Binnenmarktes die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen aus der EU verbessert und das Gewicht der EU in multi- und bilateralen Handelsverhandlungen gestärkt hat;

6. begrüßt, dass die Wirtschafts- und Währungsunion die Attraktivität der Eurozone für ausländische Direktinvestitionen erhöht hat;

7. ist der Auffassung, dass die Inflation eine weltweite Realität ist und dass sie in einer offenen Wirtschaft nicht ausschließlich mithilfe der europäischen Währungspolitik bekämpft werden kann; ist der Auffassung, dass die Europäische Zentralbank durch die erfolgreiche Wahrnehmung des Auftrags, der Preisstabilität Priorität einzuräumen, das Vertrauen in den Euro gestärkt und damit einen entscheidenden Beitrag zur internationalen Attraktivität des Euro geleistet hat;

8. bedauert, dass die Kommission im Rahmen der Mitteilung über die WWU@10 keine detailliertere und präzisere Analyse der internationalen Rolle des Euro vorgenommen hat; fordert die Kommission auf, einen detaillierten Bericht über die externe Dimension der gemeinsamen Währungspolitik und ihre Auswirkungen auf die Wirtschafts- und Handelsleistung der Eurozone zu erstellen;

9. vertritt die Auffassung, dass sich die EU-Handelspolitik nicht auf Wechselkurse stützen kann, wenn die handelspolitischen Instrumente (Zölle, Quoten etc.) träge sind und sich

deshalb nicht dazu eignen, Währungsschwankungen abzuwehren;

10. begrüßt den offenen Charakter der Eurozone und erkennt an, dass der gegenwärtige Anstieg des Euro-Kurses möglicherweise negative Auswirkungen hat, da er die Ausfuhren beeinträchtigt und Einfuhren in den Binnenmarkt begünstigt hat, und gleichzeitig positive Auswirkungen, da er der EU-Wirtschaft Hilfestellung dabei leistet, sich dem dramatischen Anstieg des Erdölpreises zu stellen; nimmt in diesem Zusammenhang die Besorgnisse zahlreicher Unternehmen in der EU zur Kenntnis und stellt fest, dass es für die Unternehmen und die Arbeitnehmer in der EU – vor allem in der Industrie – von großer Bedeutung ist, in sämtlichen Ländern über eine korrekt bewertete Währung mit Blick auf ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verfügen; sieht gleichzeitig die Chance, dass die Unternehmen in der EU durch den erhöhten Wettbewerbsdruck ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter verbessern müssen und somit mittelfristig gegenüber ihren Konkurrenten im Vorteil sein könnten;

11. unterstreicht, dass die von einigen Partnern der EU verfolgte Währungspolitik auf eine Unterbewertung ihrer Währung abzielt und dass diese Praktik auf unlautere Weise den Handelsaustausch beeinträchtigt und als nichttarifäres Hemmnis für den internationalen Handel angesehen werden könnte;

12. befürwortet eine bessere und effizientere Koordinierung zwischen der Welthandelsorganisation (WTO) und den so genannten „Bretton Woods“-Einrichtungen (Internationaler Währungsfonds (IWF) und Weltbankgruppe) zur Bekämpfung der Spekulation und zur Bewältigung der Herausforderungen, die sich aufgrund der schwerwiegenden Krise nicht nur im Währungsbereich, sondern auch im Finanz-, Energie- und Nahrungsmittelbereich stellen, die gegenwärtig sämtliche Länder bedroht; ist der Auffassung, dass eine solche Koordinierung zur Währungs- und Finanzstabilität in der Weltwirtschaft beitragen würde;

13. schlägt vor, dass angesichts der gegenwärtigen schwerwiegenden Währungsturbulenzen unter der Schirmherrschaft des IWF eine Weltwährungskonferenz veranstaltet wird, um weltweite Konsultationen zu Währungsfragen abzuhalten;

14. schlägt ebenfalls vor, die praktische Durchführbarkeit der Errichtung eines Organs zur Regelung von Währungsstreitigkeiten nach dem Vorbild der Schaffung einer Einrichtung zur Schlichtung handelspolitischer Auseinandersetzungen in der WTO zu prüfen, und ist der Ansicht, dass diese Einrichtung dabei helfen könnte, das Weltwährungssystem zu stabilisieren, das Risiko missbräuchlicher Praktiken zu verringern und den Weltmärkten wieder das Vertrauen zu geben, das sie brauchen, um sich erfolgreich den neuen wirtschaftlichen Herausforderungen zu stellen, die vor allem auf die Globalisierung und die zunehmende Verknappung der natürlichen Ressourcen sowie auf das Auftreten neuer Handelsmächte zurückzuführen sind;

15. unterstützt den Vorschlag der Kommission, gemeinsame währungspolitische Positionen der EU zu entwickeln, indem die Vertretung der Eurozone konsolidiert und auf längere Sicht für die Eurozone in den internationalen Finanzinstitutionen und -foren ein einziger Sitz erreicht wird.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	9.9.2008
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 26 –: 1 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Carlos Carnero González, Daniel Caspary, Françoise Castex, Christofer Fjellner, Béla Glattfelder, Ignasi Guardans Cambó, Jacky Hénin, Alain Lipietz, Marusya Ivanova Lyubcheva, Erika Mann, Helmuth Markov, David Martin, Vural Öger, Georgios Papastamkos, Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Peter Šťastný, Robert Sturdy, Gianluca Susta, Daniel Varela Suanzes-Carpegna, Corien Wortmann-Kool
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Jean-Pierre Audy, Albert Deß, Elisa Ferreira, Vasco Graça Moura, Eugenijus Maldeikis, Rovana Plumb, Salvador Domingo Sanz Palacio, Zbigniew Zaleski